

**Zeitschrift:** Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Bern  
**Band:** 45 (1960)  
**Heft:** 1-2: Geschichte Berns : der Untergang des alten Bern 1789-1798

**Artikel:** Geschichte Berns. Teil IV, Der Untergang des alten Bern 1789-1798  
**Autor:** Feller, Richard  
**Kapitel:** XXII: Verhandlungen  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-371064>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 29.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## XXII. KAPITEL

### Verhandlungen

#### 1. Verhandlungen in Basel

Das Zaudern Berns lag im Verhandlungsbedürfnis der Grossratsmehrheit begründet. Die Friedfertigen behielten ihre Neigung für die Verheissungen der Revolution. Sie wussten zwar, welche Leiden die Revolution über Frankreich und seine Nachbarn verhängt hatte. Aber sie hofften, ihnen zu entgehen, indem sie sich mit den Machthabern in Paris entgegenkommend verständigten. Da das Direktorium die hohen Gedanken der Revolution vertrat, hielten sie es für vertrauenswürdig, trotzdem sein Spiel in der Waadt erwiesen war und die Einheitsverfassung ankündigte, was es mit der Schweiz plante. In ihrer Selbsttäuschung verschlossen sich diese Kreise der Einsicht, dass die unsichern Erben der Revolution geradezu genötigt waren, sich durch neue Gewalttaten zu bestätigen und zu steigern. Dazu kam noch, dass Frisching und seine Freunde sich nicht verleugnen durften. Sie erlagen dem Zwang des ersten falschen Schrittes und mussten eine Politik befürworten, die immer mehr zum Schein erbleichte. Das war den andern Orten willkommen, die das ermutigten, was sie von der Pflicht der Bundeshilfe erlöste.

Und doch schien sich der Grosse Rat gelegentlich zu besinnen, flammte unversehens aus der Verblendung ein Strahl bernischen Empfindens auf. Der Zürcher Repräsentant Wyss berichtet darüber am 1. Februar: «In der gestrigen Räth- und Burgersitzung wurden unter dem schweren Druck der Umstände vielfältige Motionen, eine der andern entgegengesetzt, in guter Absicht, das Vaterland zu retten, eröffnet. Auf einmal vereinigt der Antrag der eidlichen Verpflichtung, fürs Vaterland zu sterben, ehe man sich von einer äussern Macht wolle vernichten lassen, alle Gemüther, und dieser Eid wurde feierlich geleistet.» Wyttenbach, einer der Spitzigsten unter den Friedfertigen, bestätigt ihn, der Eid sei gegen Revolution und Schwäche geschworen worden. Es war eine Aufwallung.<sup>818</sup>

Am gleichen Tag, am 31. Januar, verfiel der Geheime Rat auf Verhandlungen. Mallet du Pan, der sich nach Freiburg im Breisgau

zurückgezogen hatte, sah aus der Ferne die Fallstricke. Er schrieb am 5. Februar nach Wien: «Weder das Direktorium, noch seine Geschöpfe in der Schweiz, noch die Neuerer wollten eine Umgestaltung, eine Verständigung, ein Abkommen zwischen den Regierenden und den Untertanen. Ihre Absicht zielte auf einen gänzlichen Umsturz, der die Schweizer in die Abhängigkeit von Frankreich stürzen und keine Spur von der bisherigen gesellschaftlichen und politischen Ordnung bestehen lassen sollte.»<sup>819</sup> Der Geheime Rat wandte sich zuerst an Ménard. Als er dort nicht ankam, warf er seinen Blick auf Mengaud in Basel. Eine Gelegenheit, mit ihm anzuknüpfen, fand sich.

Der Rat sandte am 5. Februar den Ausgeschossenen Ludwig Bay nach Aarau, um die Stadt zu beruhigen. Bay, Fürsprecher und Major, war als Bernburger aus zurückgesetzter Familie Bewunderer der Revolution. Er eilte den flüchtigen Aarauern bis Basel nach, sprach ihnen ermunternd zu und trat durch sie mit Mengaud in Verbindung, um ihm die Drohung auszureden, Truppen auf Bern loszulassen. Der Franzose liess sich herbei, auf eine Massnahme zu verzichten, zu der er überhaupt nicht befugt war, und wurde vollends zutraulich, als ihm Bay vorschlug, eine amtliche Abordnung von Bern zu empfangen. Er mochte staunen, vom beschimpften Bern ein solches Entgegenkommen zu erfahren; es war ihm sehr gelegen. Wohl erfuhr er in Basel knechtischen Gehorsam. Auf seinen Wink hatten die revolutionären Behörden den Sekretär Karl Ludwig von Haller, der von der Gesandtschaft nach Rastatt zurückkehrte, und die Familie des Obersten von Gross verhaftet. Aber seit er von der Ernennung des Generals Brune gehört hatte, beschlich ihn die Ahnung, dass die Tage seines Auftrages gezählt seien. Von Bays Vorschlag versprach er sich einen Erfolg, der ihn in Paris empfahl. Darum bestimmte er, die Abordnung dürfe nur aus Volksfreunden bestehen.

Bay sandte unverzüglich Bericht nach Bern. Der Geheime Rat spaltete sich. Die eine Richtung wollte kein Mittel der Versöhnung unversucht lassen; die andere fand, eine Sendung widerspreche der feierlichen Erklärung, keine fremde Einmischung zuzulassen. Der Grosse Rat schloss sich am 9. Februar mit 119 gegen 32 Stimmen der ersten Richtung an und stellte nach Mengauds Wink die Abordnung aus Oberstleutnant Tillier, der in Paris gewesen, Bay, Doktor Rengger und Weibel Gyax von Herzogenbuchsee zusammen; damit billigte er auch die Eigenmächtigkeit, mit der Bay gehandelt hatte. Die drei ersten waren Hasser der alten Ordnung,

Gygax ein uneingeweihter Mitgänger. Die Gesandten durften zur Beruhigung die Nachricht mitnehmen, dass der Aufwiegler Junod losgelassen worden sei und kein französischer Überläufer im bernischen Heer diene, wie Mengaud geklagt hatte. Sie sollten ihn über die Vorgänge in Aarau beruhigen, ihn um Vorschläge ersuchen, wie der Friede zu wahren sei, und ihn bedeuten, gleiche Eröffnungen seien auch an Brune ergangen.<sup>820</sup>

Die Anspielung auf Brune musste Mengaud reizen, das Entgegenkommen Berns ihn mit Genugtuung erfüllen, räumte es ihm doch den Vorrang ein, die Bedingungen für den Frieden vorzuschreiben. Die bernischen Abgeordneten waren bereit, diese Erniedrigung hinzunehmen und wurden darin von der neuen Regierung Basels bestärkt, die Berns Widerstand gegen die Revolution als einen Vorwurf betrachtete, während die Zeichen der Zeit auf ihre Stadt wiesen. Bereits hatte sie beim Vorort die Klage erhoben, dass Berns Hartnäckigkeit die ganze Schweiz gefährde und die Franzosen zum Einmarsch reize. In dieser Luft begannen die Verhandlungen. Mengaud eröffnete den Bernern seine Forderungen, wobei er von der Selbstverständlichkeit ausging, dass Frankreich berufen sei, andern Völkern die Verfassung vorzuschreiben. Er holte aus, das Direktorium könne in der Schweiz nicht eine Regierung dulden, die den Ränken Englands offen stünde, und wünsche für das ganze Land eine nach französischen Grundsätzen ausgerichtete Neuordnung, und zwar müsse die Veränderung rasch vollzogen werden, um England nicht Zeit zu geben, dazwischen zu kommen; er versicherte zugleich, nie würde sich Frankreich an der schweizerischen Unabhängigkeit vergreifen. Die bernischen Gesandten stiessen sich weder am Grundsatz der Einmischung, noch an der Beruhigung, die im Widerspruch dazu stand. Rengger, der entschlossen war, die Aristokratie mit Frankreichs Hilfe zu fällen, redete Mengaud zu, sich streng an den Hauptzweck des Direktoriums, die völlige Revolutionierung der Schweiz zu halten und andere Forderungen fallen zu lassen.

Durch diese Nachgiebigkeit ermuntert, überreichte Mengaud den Bernern am 13. Februar eine Note, in der er seine mündlichen Eröffnungen übertraf. Er verlangte, die bernische Regierung solle sofort zurücktreten und eine neue auf demokratischer Grundlage die Geschäfte übernehmen; die Personen, die sich geweigert hätten, gegen Frankreich die Waffen zu tragen, insbesondere die Aarauer, sollten für die ausgestandene Verfolgung entschädigt werden. Er beehrte eine rasche und unzweideutige Antwort von



Bern, da er Brune zuvorkommen und den Umsturz in der Schweiz als sein Verdienst in Anspruch nehmen wollte. So willig die Berner waren, so stutzten sie doch ob der Note, die nur verlangte und nichts bot, und wollten von Mengaud eine Erklärung, dass Frankreich seine Truppen aus der Schweiz zurückziehe, wenn Bern das Ultimatum annehme. Er ging nicht darauf ein, sondern begehrte eine bestimmte Antwort. Da eröffneten ihm die Berner eine Mitteilung, die ihnen eben zugekommen war, ihre Regierung habe die Verhandlungen mit Brune aufgenommen, der dazu Vollmacht besitze. Mengaud entgegnete überrascht, er wisse nichts davon; der General werde sich wohl hüten, auf solche Geschäfte einzutreten, da er nicht die Ungnade seiner Obern wagen wolle. Die Reihe, überspielt zu werden, kam nun an ihn. Die Berner waren seines Druckes enthoben.<sup>821</sup>

Dafür strömten andere Klagen auf die Gesandten ein. Die Aarauer Flüchtlinge verlangten von Bern für ihre Leiden Entschädigung und Genugtuung. Da die Gesandten den Aufruhr von Aarau als ungesetzlich, aber innerlich berechtigt erachteten, sandten sie die Beschwerden zugleich mit bitteren Ausfällen gegen Oberkommissar Wyss, der im Aargau mit fester Hand Ordnung schaffte, nach Hause. Sie warfen ihm vor, er bringe die aargauischen Städte mit willkürlichen Verfügungen gegen die Obrigkeit auf, und das könne bei Mengaud üble Folgen haben. Zwei von ihnen gingen eigenmächtig nach Aarau, um ihm Einhalt zu gebieten; es waren die entschiedenen Franzosenfreunde Tillier und Rengger. Anders stellte sich der Grosse Rat von Bern. Er lehnte Mengauds schimpfliches Ultimatum vom 15. Februar ab und wagte es sogar, das Schriftstück übersetzt drucken zu lassen und zu verbreiten. Dagegen verwarf er den Antrag, die Gesandten aus Basel heimzuberufen, mit überwältigendem Mehr, trotzdem die Verhandlungen mit Brune begannen. Er wollte trotz allem mit dem überfälligen Sendling nicht brechen.<sup>822</sup>

Die Gesandten in Basel fühlten, dass sie ins Leere fielen; darum hoben sie in einem Brief an den Grossen Rat vom 19. Februar die vaterländische Bedeutung ihres Auftrags hervor. Wie sie in Basel eingetroffen seien, habe man den Einmarsch der Franzosen jede Stunde erwartet; er sei durch ihre Dazwischenkunft wahrscheinlich abgewendet worden, aber die Gefahr bestehe noch, weil Bern durch die Verfassungserklärung vom 3. Februar, die nicht genügend auf Freiheit und Gleichheit abstelle, Frankreichs Zutrauen verscherzt habe; zur Stunde sei die Gefahr auf das höchste

gestiegen, weil Schauenburgs Truppenkorps, furchtbar durch Kriegsmut und Raublust, an der offenen Grenze stehe. Sie hatten immer noch nicht erkannt, dass Mengaud gar keine Vollmacht hatte, den Befehl zum Einmarsch zu erteilen.<sup>823</sup>

Mengaud, wütend darüber, dass er seinen Griff auf die Berner Regierung verlor, schleuderte am 18. Februar einen schäumenden Erlass gegen sie in das Schweizervolk, der selbst das bei ihm Übliche übertraf. Frankreich habe keine Angriffsabsichten, beteuerte er, sondern wolle nur die lasterhafte, vom englischen Gold bestochene Regierung Berns durch eine der französischen Republik angemessenere ersetzen; der Friede sei bedroht, solange die Schweiz unter dem Joch einer Handvoll gieriger Magistraten ohne Seele und Ehre schmachte; die Werkzeuge Berns hätten in Aarau beim Einzug der bernischen Truppen unter seinen Augen ein Haus angezündet, um ihn und die Aarauer Patrioten in der Unordnung zu ermorden. Da Mengaud wusste, dass die Gesandten an seine Vollmacht glaubten, trieb er die Gaukelei so weit, dass er Bay am 20. Februar im Vertrauen mitteilte, soeben sei von Paris der Befehl zum Angriff eingetroffen, er könne ihn nur aufhalten, wenn Bern auf der Stelle seine Regierung ändere, und Bay meldete es eilends seinem Gesinnungsgenossen, dem Ausgeschossenen David Hermann in Bern. Soviel lag Mengaud an dem Ruhm, die bernische Regierung zu stürzen. Auch Rengger beschwor seine Freunde in Bern, das Patriziat abzudanken, um das Vaterland zu retten.<sup>824</sup>

Noch hatte Bern die Kraft, die Anwürfe, die ihm von seinen Gesandten und Mengaud kamen, abzuweisen. Auf Beschluss des Grossen Rates wurde Mengauds Schmähchrift übersetzt, mit Zusätzen versehen, die Mengauds Lügenhaftigkeit aufzeigten, und gedruckt verbreitet. Den Gesandten in Basel wurden das Lob des Oberkommissärs Wyss und das Zeugnis des Stadtrats von Aarau mitgeteilt, dass keine Ausschreitungen vorgefallen seien. Sie antworteten mit neuen Anklagen. Ohnehin schon angesteckt, missrieten sie in der Basler Luft völlig und vergassen, dass Bern die Ehre seiner Vergangenheit zu wahren hatte. Tillier verfiel mit seiner Tücke auf ein Bubenstück. Er liess von Basel aus durch einen Handelsbeflissenen Hurter in Bern einen Aufruf in Abschriften verbreiten, in dem er ausstreute, die Franzosen würden unverzüglich einfallen, wenn nicht die alte durch eine provisorische Regierung ersetzt werde. Bay pries ihn als einen edlen Mann. Das Schriftstück erregte umsomehr Aufsehen, als man annahm, der

Verfasser hange in Basel an den Lippen Mengauds. Im Grossen Rat herrschte über den verräterischen Streich Tilliers Entrüstung. Der Herrschaftsschreiber Matti von Saanen liess vom Aufruf Abschriften nehmen und austeilen. Sie richteten Verwirrung unter den Schwachmütigen an, klagt Oberst Tscharner in Château-d'Oex.<sup>825</sup>

Der neue revolutionäre Rat von Basel, der sich Nationalversammlung nannte, hatte wiederholt Bern mit Ermahnungen zugesetzt. Jetzt fühlte er sich berufen, die verstockte Stadt von Auge zu Auge zu beschwören. Über seinen Knechtessinn gegen Mengaud, die Preisgabe der Neutralität an die durchziehenden Franzosen, die willkürliche Verhaftung von Bernern, half ihm das Hochgefühl hinweg, der ganzen Schweiz das Beispiel gegeben zu haben. Am 24. Februar erschienen, von den Berner Abgeordneten in Basel mit warmen Empfehlungen begleitet, vier Basler im Grossen Rat zu Bern. Wernhard Huber betonte, Frankreich verlange nicht die Annahme der Einheitsverfassung, die nur eine Privatarbeit sei; Basel habe sie bereits abgelehnt. Er suchte den Regierungswechsel annehmbar zu machen; die meisten alten Mitglieder würden wie in Basel in die neue Behörde hinüberwechseln. Dabei verstieß er im Ton, weil er ohne Berechtigung behauptete, Bern habe eine entstellte Übersetzung jener Schmähnote Mengauds in Umlauf gesetzt. Er fiel ab.

Lukas Legrand, der als gemässigt galt, verschärfte den Angriff, indem er die Einmischung Frankreichs ohne weiteres als rechtmässig und die Rücksicht auf seine Macht als massgebend annahm. Frankreich misstrauete dem Erlass vom 3. Februar, weil er keine vollkommene Gewähr für die Rechtsgleichheit biete. Er pries Basels Verhalten als Muster, das Bern befolgen solle. Das war nach allem, was sich Basel herausgenommen hatte, eine Zumutung, die selbst der zerrissene Grosse Rat nicht ertrug. Schultheiss Steiger antwortete nach dem Geheimen Manual nachdrucksam und bündig, nach Wyttenbachs Annalen auf eine würdige, anständige, selbst verbindliche Art, die den Rat und die Ausgeschossenen befriedigt habe. Der Rat beschloss mit 94 gegen 61 Stimmen, die Verhandlungen abzubrechen und die Basler mit einer Rückbeglaubigung zu entlassen. Dann beharrte er mit den Ausgeschossenen einmütig darauf, die Regierung beizubehalten und beim Dekret vom 3. Februar zu bleiben. Der Entscheid konnte nicht anders fallen, wenn die neue Schweiz aus Basels Mund sprach.<sup>826</sup>

Am gleichen 24. Februar raffte sich endlich der Grosse Rat auf, die Gesandten aus Basel heimzurufen. Bay und Tillier mieden

den Weg durch das Solothurnische, weil sie fürchteten, das über Tilliers Flugschrift aufgebrachte Landvolk könnte ihnen nach dem Leben trachten. Sie brachten die neue Einheitsverfassung zurück, die ihnen Mengaud geschenkt hatte. Sie wurden bei ihrer Rückkehr in ihre Häuser verwiesen, die Polizeikommission beauftragt, Tillier zu verhören. Die rasch folgenden Ereignisse verhinderten die Untersuchung. Am 1. März sassen sie wieder im Grossen Rat und gingen unerwarteten Würden entgegen. Das schwere Ringen zwischen Stolz und Waffenscheu, aus dem der Grosse Rat sich nicht erheben konnte, hatte zur Gesandtschaft nach Basel geführt, die mit Bloßstellungen endete.<sup>827</sup>

## 2. Verhandlungen mit Brune

Wie am 31. Januar das Gerücht nach Bern kam, General Ménard habe sein Hauptquartier nach Avenches verlegt, ging der Geheime Rat die eidgenössischen Repräsentanten an, durch Vorstellungen Ménard von weiterem Vordringen abzuhalten. Diese bezeichneten Schmid von Uri und Amrhyn von Luzern als Abgeordnete und gaben ihnen eine Note mit, in der sie den General aufforderten, seine Truppen aus den bernischen und freiburgischen Gebieten zurückzuziehen, ansonst die andern Orte verpflichtet seien, sie zu verteidigen. Die beiden begaben sich nach Murten und ersuchten Ménard in einem Brief um eine Unterredung. Dieser antwortete von Lausanne aus, er dürfe über politische Dinge nicht mündlich Verhandlungen pflegen, sei aber bereit, auf schriftliche Fragen nach Weisung seiner Regierung zu antworten. Wie ihm die Abgeordneten die Note, die ihnen mitgegeben worden war, übersandten, entgegnete er, da er die Waadt zu verteidigen habe, könne er die eingenommenen Linien nicht aufgeben. In sein Tagebuch trug er ein: «Das dunkle Wort Rückzug ist den Kriegern der Grossen Nation unbekannt.» Die Abgeordneten kehrten nach Bern zurück.<sup>828</sup>

Die neuen Männer in Luzern zürnten, dass Amrhyn zu einer Sendung gebraucht worden sei, die von den Franzosen den Rückzug aus den bernischen und freiburgischen Gebieten verlangte, unter denen man auch die Waadt verstehen könne, zu deren Verteidigung Luzern nicht verpflichtet sei. Die eidgenössischen Re-



präsentanten in Bern entschuldigten sich, ein Angriff auf die Waadt sei nicht geplant. Bern legte Amrhyn die Urkunde vor, mit der Luzern den bernischen Besitz der Waadt gewährleistet hatte, um eine Erfahrung reicher, wie der revolutionäre Geist das alte eidgenössische Empfinden fälschte.<sup>829</sup>

Der Westflügel und der Nordflügel des französischen Heeres konnten über Neuenburg die Verbindung aufnehmen. Nachdem Ménard sich geweigert hatte, die eidgenössischen Vertreter zu empfangen, begehrte er am 6. Februar, dass Erlach seinen Adjutanten Campané durch die bernischen Linien zu Mengaud nach Basel geleiten lasse. Es war ein Einfall des Generals Brune, der eben in Lausanne eingetroffen war. Wie Campané vor Murten anlangte, sandte ihn Erlach mit seinem besten Adjutanten, dem Hauptmann Rudolf Emanuel Effinger, nach Bern, dem Kriegsrat die Entscheidung überlassend. Der Kriegsrat befahl Effinger, den Franzosen nach Basel zu begleiten.<sup>830</sup>

Die Begegnung zwischen Campané und Mengaud verlief frostig. Campané übergab vor Effinger dem Geschäftsträger einen Brief Ménards, weigerte sich aber, eine Antwort mitzunehmen, was Mengaud im Argwohn bestätigte, er zähle im französischen Hauptquartier nicht mehr. Campané wich einer Einladung aus und verschwand auf eine zweideutige Weise. Damit ihn Effinger nicht zurückgeleiten könne, verhaftete ihn die Basler Revolutionsregierung auf einen Wink Mengauds vorübergehend. Der Besuch bei Mengaud war für Campané nur ein Vorwand gewesen. Nun kam erst das wahre Ziel seines Auftrages; er eilte zu General Schauenburg nach Biel, sprach mit ihm die künftigen Feldzugspläne durch und nahm die Zusicherung mit, dass Schauenburg in völliger Übereinstimmung mit Brune vorgehen werde. Nach Lausanne zurückgekehrt, stattete Campané einen ausführlichen Späherbericht ab.<sup>831</sup>

Für die beiden Generale Brune und Schauenburg bestand die Schwierigkeit, in sicherer und rascher Verbindung zu stehen. Ein Brief von Biel über Pontarlier nach Lausanne beanspruchte fünf Tage. Bedeutend kürzer war der Weg über Neuenburg. Brune war in Paris unterrichtet worden, dass der Berliner Hof dem Fürstentum strenge Neutralität vorgeschrieben habe. Darum beteuerte er am 11. Februar dem Staatsrat von Neuenburg seinen Entschluss, sein Gebiet gemäss den Weisungen von Paris sorgsam zu achten. Freilich versprach der Weg durch das Fürstentum keine unbedingte Sicherheit; die Boten konnten abgefangen oder aus Neutralitäts-



gründen aufgehalten werden. Darum beredete Schauenburg mit Campane, dass er mit Brune durch Adjutanten über bernischen Boden die Verbindung unterhalten wolle.<sup>832</sup>

Die Sendung Campanes, welche die Verbindung Brunens mit Schauenburg bezweckte, diente gleichzeitig der Fühlungnahme Brunens mit den führenden militärischen und politischen Persönlichkeiten Berns. Als er in Murten Erlach um einen Sicherheitschein ersuchte, sprach er von einem friedlichen Nebeneinander; jetzt finde Bern in Lausanne einen Unterhändler, den General Brune, der ein sehr verdienter Mann und grosser Diplomat sei. Erlach liess sich nicht betören; er fand die Haltung, der er treu blieb. Er durchschaute die Arglist, die Bern nachstellte, und erklärte dem Franzosen, nach allem, was vorgefallen sei, gelte es nur noch, den Schweizer Namen und die Freiheit würdig zu behaupten. Am Tag zuvor hatte Erlach den Kriegsrat gewarnt, mit falschen Verhandlungshoffnungen entgehe Bern seinem vorbereiteten Schicksal nicht. So sandte er Campane mit seinem Adjutanten Effinger sogleich weiter.<sup>833</sup>

In Bern tat sich der Franzose geschickt um. Er eröffnete den Regierungsgliedern und den eidgenössischen Repräsentanten die besten Aussichten, die sich mit der Ankunft Brunens aufgetan hätten, und erging sich in Lobeserhebungen der Schweiz: «Er gab mit vieler Offenherzigkeit zu verstehen, wie erstaunt er gewesen, so vielen Nationalgeist, Kraft und Energie bei dem Theile unserer Nation, den er kenne und durchreist habe, bemerkt zu haben», schrieb Statthalter Wyss nach Zürich. Seinem Sekretär Hirzel freilich kam er wie ein Gascogner vor. Brune gelangte noch mit einer bestimmten Eröffnung an Bern. Am 6. Februar sandte er einen Einwohner von Lausanne, namens Montagny, mit einem Ausweis. Nach Wyttenbachs Annalen hatte Montagny Vollmacht und teilte dem Geheimen Rat mit, Brune wünsche Verhandlungen.<sup>834</sup>

Der Geheime Rat beschritt eilig den Weg, der ihm eröffnet wurde. Am 7. Februar musste Erlach einen Brief an Ménard und einen andern an das Direktorium, in denen Bern seine Verfassungsänderung amtlich mitteilte, ins französische Hauptquartier senden. Am gleichen Tag erhielt er die Weisung, den Major Herrenschwand und den Hauptmann Frisching wie von sich aus mit einem Pass an Brune zu senden, um ihn zu bekomplimentieren und zu befragen, wessen man sich von ihm zu versehen habe. Der Geheime Rat schob damit die Verantwortung für den ersten Schritt auf Erlach, dessen Los es wurde, für das dienstlich einzustehen,

was er persönlich verurteilte. Frisching, der in Murten unter Waffen stand, verzichtete überrascht auf den Auftrag, der ihm völlig unerklärlich kam. Major Amédée Herrenschwand von Murten, der in Frankreich gedient hatte, dagegen unterzog sich der Sendung willig. Erlach bemerkte auf dem Pass, den er Herrenschwand ausstellte, nachdrücklich, er tue es auf Befehl, und gab Montagny, der eben aus Bern zurückkehrte, die Briefe an Ménard und das Direktorium mit. Nachträglich wollte es der Geheime Rat nicht wahr haben, dass er Erlach die Verantwortung für die Eröffnung der Verhandlungen zugeschoben hatte. Er schrieb am 10. Februar, seine einzige Absicht sei gewesen, dass der General Herrenschwand einen Pass ausstelle.<sup>835</sup>

Brune nahm Herrenschwand gut auf. Ihm schwebte ein Doppelpertes vor. Entweder unterwarf sich Bern kampflos seinen Forderungen, oder es widersetzte sich, und dann gewann er mit den Verhandlungen Zeit zur Rüstung; er wollte sie auch benützen, um über Bern Boten an Schauenburg zu senden. «Wenn die Berner nicht guten Willens sind, so werden sie mir doch Zeit geben, mich mit Schauenburg zu verständigen und Reiterei und Geschütz heranzuziehen», schrieb er am 11. Februar dem Direktorium. Gleichen Tags meldete er Bonaparte, er habe die begründetste Hoffnung, entweder mit einer entschiedenen Verhandlung oder mit den Waffen erfolgreich zu sein. Er selber zog die friedliche Lösung vor. Aber er besorgte, sie könnte durch die Pariser Forderung, dass Bern sich dem Einheitsstaat unterwerfe, vereitelt werden. Er fand, sie gehe zu weit, und tönte in Paris an, den Bogen nicht zu überspannen. Am 18. Februar schrieb er Barras, wenn sich das Direktorium auf die Unabhängigkeit der Waadt und eine Änderung im Zustand der Schweiz beschränke, brauche es keinen Tropfen Blut zu vergiessen. Es schmeichelte ihm mehr, als Unterhändler denn als Heerführer zu glänzen.<sup>836</sup>

Brune sorgte dafür, sich gegenüber dem Direktorium einzudecken. Er verschwieg ihm, dass er die Sendung Herrenschwands angeregt habe, und berichtete beiläufig, wie er die Truppenlinie besucht habe, sei er in Moudon auf einen alten Herrn Herrenschwand gestossen, der von Frieden gesprochen habe. Er beruhigte das Direktorium mit seiner Meisterschaft, er äussere sich nur unbestimmt, und er habe die Verhandlungen so eingerichtet, dass sie genug Verständigungspunkte enthielten, um sie dauern zu lassen, aber auch genügend streitige Forderungen, um sie jederzeit abzubrechen. Mit Schauenburg verstand er sich trefflich. Da-

gegen klagte er laufend, dass Mengaud mit zutäppischer Grobheit und drohender Prahlerei seine Kreise störe.<sup>837</sup>

Brune erhob in Payerne vor Herrenschwand die alten Klagen, Bern habe das Regiment von Roll gestattet und sich auf Kosten Frankreichs bereichert. Geistesgegenwärtig entgegnete Herrenschwand, jenes Regiment sei in Rheinfeldern ohne Berns Willen aufgestellt und der Zwischenhandel, ohne den Frankreich nicht ausgekommen wäre, sei von den Baslern betrieben worden. Dann stellte sich Brune als Befehlshaber der Truppen in der Waadt und im Bistum Basel und als Inhaber der politischen Vollmacht vor; Mengaud sei ihm untergeordnet. Er vermied Eindeutigkeit über die Bedingungen der Verhandlung und verlangte zunächst Volksherrschaft in Bern und Einheit der Schweiz. Wie ihm Herrenschwand die Erklärung vom 3. Februar entgegenhielt, meinte er, das sei ein blosses Versprechen. Immerhin wollte er nicht restlos auf jenen Forderungen beharren und deutete die Möglichkeit einer Verständigung an. Vertraulich liess er einfließen, er hoffe, in einem Monat seine Truppen zurückziehen und zur Armee am Kanal stossen zu können.<sup>838</sup>

Herrenschwand erstattete am 11. Februar dem Geheimen Rat Bericht. Am meisten erfreute die Nachricht, dass man nicht mehr mit Mengaud, sondern mit einem Mann von gefälligen Sitten zu verkehren habe. Auch ermutigte Brunens Entgegenkommen, das auf starre Bedingungen verzichtete. So liess sich der Geheime Rat dazu herbei, mit Brune das Mass der bernischen Umgestaltung zu erörtern, obschon die Erklärung vom 3. Februar eine fremde Einmischung bestimmt ausschloss. Die Fortschritte der Erweichung liessen sich schon nach Tagen bemessen. Am 12. Februar stellte der Geheime Rat dem Grossen den Antrag, die Verhandlungen mit Brune aufzunehmen. Der Grosse Rat pflichtete bei und ernannte alt Seckelmeister Frising von der gemässigten, nachgebenden und Oberst Beat Jakob Tschärner von der entgegengesetzten Partei, wie sich Wyttenbach ausdrückt, zu Gesandten mit der Ermächtigung, Herrenschwand beizuziehen; er befahl den Vertretern in Basel, die Besprechungen mit Mengaud einzustellen, und beauftragte den Geheimen Rat mit der Instruktion für die beiden Gesandten. Das alles habe soviel als einmütig beliebt, berichtet das Geheime Manual.

Brune hatte ins Gespräch mit Herrenschwand einfließen lassen, die Verhandlungen sollten durch keine Feindseligkeiten gestört werden, deshalb käme es gelegen, wenn er sich selbst über

Bern zu Schauenburg begeben könnte. Dieser Wunsch wurde vorweg erfüllt. Noch am 11. Februar wies der Kriegsrat Erlach an, allen Truppen den Befehl zu erteilen, Zusammenstöße zu vermeiden, obschon der General nur die Division in Murten führte. Ferner mutete der Kriegsrat Erlach zu, gegebenenfalls Brune in Murten zu empfangen und mit einer Dragonertruppe nach Nidau geleiten zu lassen. Umgehend warnte Erlach den Kriegsrat, er habe bisher jedes Vorgehen unter Hintansetzung militärischer Gründe unterlassen und werde ferner den schuldigen Gehorsam nicht ausser acht lassen; aber sein Gewissen und seine Pflicht geböten ihm die Vorstellung, ob diese Durchreise statthaft sei, da Brune alle Stellungen und Anstalten in Augenschein nehmen könne. Der Kriegsrat entgegnete darauf, er überlasse es Erlach, von allen politischen und militärischen Kunstgriffen Gebrauch zu machen, um Brune einen guten Begriff von den bernischen Verteidigungsanstalten zu geben, wieder die Gewissensberuhigung, auf Erlach die Verantwortung für das Gewagte abzuschieben.<sup>839</sup>

In Wirklichkeit dachte Brune nicht daran, selbst zu kommen. Am 11. Februar teilte er Schauenburg mit, er werde die Verhandlungen benützen, um ihm einen Offizier mit bernischem Pass unter dem Vorwand zu senden, ihm Frieden zu gebieten. Um den Weg der Verhandlungen zu ebnen, gebot der Kriegsrat Erlach, einen Pass für einen französischen Offizier auszustellen, wenn Brune es begehre.<sup>840</sup>

Am 14. Februar stellte der Grosse Rat die vom Geheimen vorbereitete Instruktion für die Abgeordneten an Brune, Frisching und Tschärner, auf. Die beiden Gesandten sollten die Lage mit genauen Erklärungen aufhellen. Die Regierung ist entschlossen, heisst es in dem Schriftstück, das Volk, auch in der Waadt, zu befriedigen; sie hat daher Ausgeschossene einberufen, will eine neue Staatsordnung schaffen und mit der französischen Republik in Freundschaft stehen. Einer solchen aber widerstehen die Übergriffe des Direktoriums, die Besetzung des ganzen Bistums, der Erlass vom 28. Dezember, der Einmarsch Ménards, die Aufrufe gegen die Schweiz, die wie Hetzpredigten wirken, und das unanständige Betragen Mengauds. Die Instruktion schlägt als Grundlage der Verständigung die Einstellung der Feindseligkeiten gegen Bern und andere Orte, raschen Rückzug der Franzosen aus der Waadt und dem Südjura vor, wogegen Bern die Waadt nicht angreifen wird. Dieser soll es freistehen, über ihre künftige Gestalt und Zugehörigkeit mit Bern und Freiburg zu verhandeln. Bern



beharrt auf der Unantastbarkeit der ganzen Schweiz, lehnt jede fremde Einmischung, besonders die Einheitsverfassung ab und hält am Erlass vom 3. Februar fest. Die Gesandten erhalten nicht Vollmacht zum Abschluss, sondern sollen Vorschläge entgegennehmen.<sup>841</sup>

Die Instruktion lautete bestimmter und freier, als die bisherige Nachgiebigkeit erwarten liess. Im letzten Augenblick drang durch, was Bern geziemte. Der Beglaubigungsbrief der Gesandten trug die Unterschrift: «Die Regierung und das Volk, das mit ihr durch seine Ausgeschossenen vereinigt ist.» Die Instruktion war, bevor sie an den Grossen Rat gelangte, den eidgenössischen Repräsentanten vorgelegt worden. Sie versuchten sich einzuschalten und verlangten Beteiligung an der Gesandtschaft, weil sie sich an das verantwortungslose Dreinreden gewöhnt hatten. Bern trat nicht darauf ein.<sup>842</sup>

Erlach fiel die schmerzliche Pflicht zu, den Gesandten den Weg zu ebnen. Er verlangte von Brune für sie Pässe und anständige Unterkunft am Verhandlungsort Payerne, da man in Bern für sie eine ungeziemende Aufnahme befürchtete. Die Gesandten nahmen Herrenschand als Einführer und Karl Ludwig von Haller als Sekretär mit. Die Führung fiel Frisching zu, schon weil Tscharner an schwankender Gesundheit litt. Über die Besprechungen berichtete Frisching eingehend an den Grossen Rat und Brune in seiner Weise an das Direktorium und den Kriegsminister. Es war Brune von vornherein klar, dass die bernischen Vorschläge den Bruch voraussagten. Gleichwohl trat er auf die Verhandlungen ein, um die Berner hinzuhalten. Am 15. Februar trafen die Berner und Brune in Payerne ein, ebenso drei Abgeordnete aus Freiburg und einer aus dem Wallis, die mit gesonderten Aufträgen herkamen.<sup>843</sup>

Am 16. morgens begannen die Besprechungen. Die Berner überreichten ihren Beglaubigungsbrief, wogegen Brune nur eine Instruktion des Direktoriums vorwies; er müsse alles nach Paris berichten, weil er kein Diplomat und mit den Umständen nicht vertraut sei, fügte er entschuldigend bei und sicherte sich damit die Unverbindlichkeit seiner Worte. Da er nicht genügend ausgewiesen war, hätten die Berner gemäss ihrer Weisung die Verhandlungen abbrechen sollen, führten sie aber gleichwohl fort, um sie nicht an einem vermeinten Formfehler scheitern zu lassen. Und gleich folgte ein zweites Zugeständnis. Wie Brune erklärte, er müsse unbedingt einen Boten an Schauenburg senden, damit die Waffen-



ruhe nicht gestört werde, standen sie sogleich zu Diensten. Am 17. ging ein Offizier an Schauenburg ab. Erlach musste ihn schweren Herzens durch die bernischen Linien nach Biel geleiten lassen, wo ihn Schauenburg empfing.<sup>844</sup>

In der anhebenden Besprechung bezeichnete Brune als Grundlage der Verständigung die Volksherrschaft und die Einheit der Schweiz. Die Berner entgegneten, die erste Forderung sei mit dem Erlass vom 3. Februar erfüllt, die andere unmöglich, und verlangten Einstellung der Feindseligkeiten und Rückzug der französischen Truppen. Brune kam entgegen, er werde das erste befehlen, das andere sei nur möglich, wenn Volksherrschaft und Einheit durchgeführt seien. Die Berner erklärten bestimmt, sie könnten keine weitere fremde Einmischung in die innern Angelegenheiten der Schweiz zulassen, und brachten zum Schluss die Rede auf den Tessenberg, den die Franzosen unter Verletzung des bernischen Rechts besetzt hatten. Brune beendete das Gespräch mit der Versicherung, er werde alles nach Paris berichten, und sagte die Fortsetzung für den nächsten Morgen zu.

Selbst Frisching misstraute Brunens glatter Verbindlichkeit und besorgte, er werde in seiner Meldung nach Paris alles entstellen. Die Berner erwogen den Vorteil, wenn ihre Bedingungen schriftlich nach Paris gelangten, und bereinigten unter sich eine Note, die sie am nächsten Tag Brune übergeben wollten. Sie entwickelten darin die Gründe gegen den schweizerischen Einheitsstaat, der von der Mehrheit verworfen werde und auch Frankreich nicht diene, weil ein paar Direktoren vom Ausland leichter gewonnen werden könnten als mehrere Regierungen; auch ohne fremde Einmischung werde eine nähere Verbindung unter den Orten erfolgen. Dann stellten die Berner ihre Bedingungen für eine gute Vereinbarung auf: Einstellung der Feindseligkeiten, Abzug der Franzosen aus der Waadt und dem Südjura binnen 14 Tagen, worauf die Berner ihre Truppen zurücknehmen würden. Wie Brune am nächsten Tag die Note empfing, schien er nicht unbefriedigt; nur hielt er an der Einheit fest. Er versprach, die Vorschläge nach Paris zu senden; unterdessen sollten die Feindseligkeiten ruhen; er werde es auch Schauenburg befehlen, was ihm Anlass gab, erneut einen Adjutanten durch die bernischen Linien zu senden. Er hütete sich, den Gesandten etwas Schriftliches in die Hand zu geben und hielt damit an der Unverbindlichkeit der Verhandlungen fest.<sup>845</sup>

Frisching kehrte nicht ohne Genugtuung heim und berichtete dem Grossen Rat, die Gesandten hätten Ursache, mit Brune zu-

frieden zu sein. Die Verblendung, die ihn seit Jahren verleitet hatte, gaukelte ihm vor, die Note sei für das Direktorium annehmbar. Der Zürcher Repräsentant Wyss dagegen vernahm im Vertrauen, das Gespräch sei von keiner Bedeutung gewesen; die Berner hätten den General nur in Gegenwart von Offizieren sprechen können. Brune hätte darauf bestanden, dass die Regierung von Bern wegen ihrer Verbindung mit England zurücktreten müsse, und das Begehren nach Beweisen für diese Beziehungen mit Achselzucken beantwortet. Die Obrigkeit selbst konnte ihr Gewissen wegen der Verhandlungen nicht ganz beschwichtigen. Der Kriegsrat erliess am 21. Februar einen Tagesbefehl an die Truppen im Feld, der betonte, alle Verfügungen seien vom Grossen Rat und den Ausgeschossenen getroffen worden.<sup>846</sup>

Verwickelter war die Aufgabe Brunés. Er wusste, dass man in Paris die Besprechungen und sein Zaudern verurteilte, und fühlte sich der Gunst der Mächtigen nicht sicher. Darum zeigte er die Verhandlungen in seinem Bericht in einem andern Licht, als Frisching sie sah. Er erscheint darin entschieden und fordernd. Die Gesandten hätten ihm zugesagt, innerhalb drei Stunden eine Verfassungsänderung in Bern herbeizuführen. Er hätte ihnen rundweg erklärt, die Waadt dürfe nie zu Bern zurückkehren, und ihren Klagen über die Ausfälle der Pariser Presse entgegengehalten, Bern habe die Emigranten gehegt und die Aufstände im Süden Frankreichs unterstützt, Dinge, von denen die Berner nichts gehört hatten. Er bemühte sich, die Unverbindlichkeit der Verhandlungen zu betonen; am 25. oder 26. Februar werde er angreifen. Hatte er je noch Hoffnung gehabt, Bern ohne Gewalt einzunehmen, so wusste er nun, dass die Waffen entscheiden würden. Nur ging er vorsichtiger vor, als es der Ungeduld in Paris passte. Er hatte die Genugtuung, dass das Direktorium seinen Bericht über die Verhandlungen günstig aufnahm und ihn seines Vertrauens versicherte. Es ermahnte ihn am 22. Februar nur, seinen Feldzugsplan mit der grössten Schnelligkeit durchzuführen; nie dürfe Bern Hauptort der neuen Schweiz werden.<sup>847</sup>

Brune musste die Berner hinhalten, bis der Eilbote die Antwort des Direktoriums auf seinen Bericht brachte, was mindestens acht Tage beanspruchte. Darin wurde er von Schauenburg trefflich unterstützt. Von diesem berichtet Campané: «Sein Plan ist, nur von Frieden und Vergleich zu sprechen, und das zu beweisen durch den Empfang, den er den Bernern bereitet, und durch die freundschaftlichen Antworten auf ihre Anfragen; man soll glauben, dass

seine Stellung nur eine Art Übungslager sei.» Brune hatte in Payerne zugesagt, während acht Tagen die Waffen ruhen zu lassen, ohne darüber eine förmliche Vereinbarung zu treffen, eine Folge des seltsamen Zustandes, dass seit dem Einfall in die Waadt ungewiss war, ob Krieg oder Friede herrsche. In Bern befahl der Kriegsrat am 20. Februar den Divisionskommandanten, bis zur Rückkehr des Eilboten alles aufzuschieben; aber die Mannschaft solle überzeugt sein, die Obrigkeit sei entschlossen, Religion, Freiheit und Eigentum bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Die hohen Offiziere, die am 21. Februar in Aarberg den Angriffsplan bereinigten, schickten sich in diese Weisung. Der Bote war auf den 25. oder 26. Februar aus Paris zurückzuerwarten.<sup>848</sup>

Eine Täuschung kam Brune zu Hilfe. In der Note, die Berns Gesandte Brune übergaben, hiess es, dass von nun an die Feindseligkeiten eingestellt seien und die französischen Truppen sich binnen 14 Tagen aus der Waadt und dem Südjura zurückziehen sollten. Aus diesem Vorschlag wurde nun im Grossen Rat ein Waffenstillstand von 14 Tagen gemacht. Nach den vorliegenden Zeugnissen trägt Frisching die Verantwortung dafür. Stadtschreiber Johann Rudolf Ringier, der Ausgeschossene von Zofingen, berichtet über die Sitzung vom 19. Februar nach Hause und hebt aus der Darstellung Frischings über die Verhandlungen in Payerne heraus: «Über alles wurde dem General eine Note zugestellt, welche er alsobald durch einen Extra-Courier mit seinen Anmerkungen begleitet dem Direktorio zusenden werde, indessen wurden alle Hostilitäten auf 14 Tage eingestellt.»<sup>849</sup>

Frisching selbst bestätigt diese Auffassung. Er schrieb am 21. Februar Burckhardt nach Basel: «Wir erwiderten ihm mit einer Note, die er nach Paris zu schicken versprochen hat; ich weiss nicht, ob er es tun wird, da bisher das Direktorium auf nichts geantwortet hat; man hat als Frist 14 Tage angesetzt. Unterdessen wird man keine Feindseligkeiten gegen Bern, Freiburg und Solothurn begehen.» In Wirklichkeit war ein Waffenstillstand von 14 Tagen in Payerne weder besprochen noch vereinbart worden. Ob Frisching aus seiner Oberflächlichkeit auf ihn verfiel, ob er sich aus der vermeinten Schonzeit ein Verdienst machen wollte, steht dahin. Es wurde amtliche Auffassung, dass der Waffenstillstand vom 16. Februar bis zum 1. März 12 Uhr nachts laufe. Bis dahin waren die Berner gebunden, während Brune frei wurde, sobald der Bote aus Paris zurückkam.<sup>850</sup>

Die Täuschung erklärt auch die Leichtigkeit, mit der das amt-

liche Bern Brune seine Adjutanten durch die bernischen Linien schicken liess. General von Erlach versprach sich von vornherein nichts von den Verhandlungen, «deren gewisses Resultat seyn wird, dass die Franzosen sich entweder in unser Land einschleichen oder mit Macht eindringen werden. Nach allem diesem muss Ich fest glauben, dass Krieg die einzige Mensur ist, die noch eine Chance zu unsern gunsten entwickeln könnte.» Am 22. Februar schickte Brune wieder einen Offizier zu Schauenburg, um ihm angeblich zu befehlen, den Tessenberg zu räumen. Wieder musste ihn Erlach geleiten lassen; aber er konnte seinen Unwillen nicht länger zurückhalten. Er schrieb dem Kriegsrat: «Der Offizier reiset nun mit seinem Schreiben an General Schauenburg wieder durch unser Land ein und aus und unterlässt nicht, die Beschwerde zu nutzen, die uns der Geheime Rat auferlegt hat.» Damit warf er den Stein unter die Räte. Der Geheime Rat lehnte die Verantwortung ab; er habe allerdings die Durchreise des Adjutanten, der Schauenburg den Befehl zur Waffenruhe brachte, auf Wunsch der Abgeordneten in Payerne gestattet; aber sein Schreiben habe sich nur auf diesen besondern Fall bezogen. Auch der Kriegsrat wies die Schuld von sich; er schrieb Erlach, der Geheime Rat habe den Durchpass der Adjutanten gestattet, und er, der Kriegsrat, habe diesem Befehl nichts hinzugefügt, sondern es dem General überlassen, das Nötige anzuordnen. Durch eine lange Friedenszeit verwöhnt, scheuten die Räte die Verantwortung, und überliessen es Erlach, mit dem Unliebsamen sich abzufinden.<sup>851</sup>